Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 77 (1999)
Heft: 1

Artikel: Zur Aktualität des Keynesianismus
Autor: Gaillard, Serge
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-341480

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zur Aktualität des Keynesianismus

«Die hervorstechenden Fehler der wirtschaftlichen Gesellschaft, in der wir leben, sind ihr Versagen, für Vollbeschäftigung Vorkehrungen zu treffen, und ihre willkürliche und unbillige Verteilung des Reichtums und der Einkommen.» (Keynes 1936)

Die kapitalistischen Volkswirtschaften waren schon immer äusserst störungsanfällig. Berühmte Ökonomen wie Marx, Schumpeter, Keynes hatten diese Störungen der Marktwirtschaft und die deshalb

Serge Gaillard

periodisch auftretende Massenarbeitslosigkeit in den Mittelpunkt ihrer Theorien gestellt. Im Unterschied zu den Anhängern des Wirtschaftsliberalismus hatte Keynes die Krisen der Marktwirtschaft jedoch nicht einfach als vorübergehende Erscheinungen, die als «notwendiger Preis des Fortschritts» zu akzeptieren sind, interpretiert. Er ging davon aus, dass sich Krisen ohne Gegensteuer in gefährlicher Weise verstärken, eine dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit und gravierende soziale Probleme schaffen könnten. Durch den deflatorischen Teufelskreis von zu hohen Zinsen, sinkenden Investitionen, rückläufiger Beschäftigung, weniger Einkommen und fallenden Preisen sah er den Wohlstand und Fortschritt der entwickelten Volkswirtschaften gefährdet. Deshalb suchte er nach wirtschaftspolitischen Rezepten, um den Kapitalismus wieder zum Funktionieren zu bringen. Dadurch setzte er sich von jenen marxistischen Ökonomen ab, die davon ausgingen, dass Massenarbeitslosigkeit und Dauerkrise im Kapitalismus unausweichlich seien.

Die Instrumente, die Keynes zur Erzielung einer grösseren Stabilität des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigung vorschlug, sind einfach. Sie sind in den neunziger Jahren so unentbehrlich wie in den dreissiger.

Keynes hat – ohne den Einfluss der Ertragslage der Unternehmen und der Einkommensverteilung für die Wirtschaftsentwicklung zu vernachlässigen – vor allem auf die Bedeutung der Nachfrage für die wirtschaftliche Entwicklung hingewiesen. Der Verlauf der Staatsausgaben sowie der Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern bestimmen den kurzfristigen Gang der Wirtschaft. Dabei kann sich eine günstige Nachfrageentwicklung durch vielfältige Interdependenzen von selbst verstärken, wie sich auch ein ungünstiger Verlauf verstärken kann bis zu einer Krise mit fallenden Preisen. Ein Einbruch der Investitionstätigkeit der Unternehmen (wegen Überkapazitäten oder getrübter Zukunftsaussichten) oder rückläufige Konsumausgaben können deshalb eine länger dauernde Krise auslösen. Die Nachfrage nach Gütern oder Dienstleistungen schrumpft; die Unternehmen können ihre Ware nicht mehr verkaufen. Ihre Gewinne brechen ein. Sie reduzieren

die Beschäftigung, wodurch die Konsumnachfrage weiter sinkt. Ein Teufelskreis kommt in Gang. Dieser kann durch Lohnsenkungen nicht aufgehalten werden. Im Gegenteil: Wenn die Löhne schneller sinken als die Preise, drohen die Konsumausgaben erneut abzunehmen. Wenn die Preise schneller sinken als die Löhne, verschlechtert sich die Ertragslage der Unternehmen – sie investieren noch weniger.

Keynes Rezepte

Wie lauten die (vereinfachten) Rezepte von Keynes, um einen solchen rezessiven Kreislauf zu verhindern? Der erste Ratschlag geht an die Notenbank, welche die Zinsen und den Wechselkurs beeinflussen kann. Sie muss die Zinsen senken, damit es für die Unternehmen billiger wird, sich zu verschulden und zu investieren. Zusätzliche Investitionen beleben die Nachfrage und helfen, aus der Krise herauszufinden. Die Notenbank kann zwar nur die kurzfristigen Zinsen direkt beeinflussen. Die kurzfristigen und langfristigen Zinsen bewegen sich jedoch im Normalfall in die gleiche Richtung. Zudem beeinflussen die kurzfristigen Zinsen auch den Wechselkurs, weil tiefere Zinsen eine Anlage in der inländischen Währung weniger attraktiv machen. U.a. durch Zinssenkungen hat die Nationalbank in den letzten zwei Jahren mehrmals eine Aufwertung des Schweizer Frankens verhindert.

Keynes hat in seiner Abhandlung «Vom Geld» und in unzähligen Artikeln in den zwanziger Jahren auf die Bedeutung der Geld- und Wechselkurspolitik für die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik hingewiesen. Inbesondere hat er auch vor der Gefahr gewarnt, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die infolge einer Überbewertung einer Währung entstehen (ungenügende Wettbewerbsfähigkeit), zu unterschätzen. Der Wechselkurs müsse so gewählt werden, dass eine Volkswirtschaft (bei gegebenem Lohnniveau) auf den internationalen Märkten wettbewerbsfähig ist. Scharf polemisiert hat er gegen die Meinung, die fehlende Wettbewerbsfähigkeit könne durch Lohnsenkungen wiederhergestellt werden. Dies sei der beste Weg in die Krise, da sowohl die Export- wie auch die Konsumnachfrage sich rückläufig entwickeln würden. Eine ähnliche Diskussion hatten wir in der Schweiz auf dem Höhepunkt des überbewerteten Schweizer Frankens (1995/96), als der heutige VSM-Präsident Somm deutliche Lohnsenkungen zur Korrektur des überbewerteten Frankens forderte.

Die Geldpolitik ist bei Keynes ein zentrales Mittel der Konjunkturpolitik. Ihre Wirksamkeit ist aber beschränkt, wenn die Zinsen auf weniger als 0% gesenkt werden müssten, damit die Unternehmen wieder investieren und sich die Wirtschaftslage bessert. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn die Teuerung auf Null gesunken ist oder die Preise gar fallen (Deflation). Auch nominell tiefe Zinsen sind dann für die Unternehmen zu teuer. Die Lage wird noch verschlimmert, wenn die Banken auf vielen faulen Krediten sitzen (was in einer solchen Situation üblich ist) und deshalb eine hohe Marge für die Kreditgewährung verlangen. In der Deflation ist die Geldpolitik fast machtlos gegen die Krise.[1] Japan steckt in einer solchen Deflationskrise. Der Schweiz drohte diese Situation 1995/96. Nur dank der geldpolitischen Wende Mitte 1996 und der Abschwächung des Frankens um 10% in der zweiten Jahreshälfte 1996 konnte die Schweiz der Deflation entrinnen.

Keynes hat bereits in den zwanziger Jahren auf die Bedeutung der Geld- und Wechselpolitik für die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik hingewiesen.

[1] Wie dramatisch eine solche Situation durch Keynes eingeschätzt wurde, zeigt u.a. das folgende Zitat: «Die Gefahr besteht darin, (...) dass der Marktzinsfuss zurückgeht, aber niemals stark genug, um den natürlichen Zinsfuss einzuholen, so dass eine wiederkehrende Gewinndeflation eintritt, die zu einer wiederkehrenden Einkommensdeflation und einem wegsackendem Preisniveau führt. Wenn das eintritt, so wird das gegenwärtige Regime des kapitalistischen Individualismus sicherlich durch einen weitgehenden Sozialismus ersetzt werden.» (Vom Geld, S. 609). Heute steckt Japan in einer solchen Deflation.

Dank der Abwertung nahmen die Exporte stark zu; die Industrie konnte die Preise 1997 wieder erhöhen. Auch die Beschäftigung stieg 1998 wieder an. Für grosse Länder ist es viel schwieriger, aus einer solchen deflationären Situation zu kommen, da die Abwertung nicht die gleiche Wirkung auf die Exporte hat wie in kleinen Ländern.

Das Problem einer antizyklischen Politik besteht darin, dass sie in kleinen Ländern nur beschränkt im Alleingang angewendet werden kann.

Übrigens ist auch Kontinentaleuropa nicht sehr weit von einer solchen Deflation entfernt. In diesem und im nächsten Jahr kann sich Kontinentaleuropa keine neue Rezession leisten, ohne dass die Preise in einigen grossen EU-Ländern (insbesondere in Frankreich und Deutschland, aber auch in der Schweiz) sinken könnten. Deshalb ist es äusserst wichtig, dass die Europäische Zentralbank (EZB) die Zinsen vorbeugend vor einer erneuten konjunkturellen Abschwächung deutlich senkt. Wir hoffen, dass die Leitzinssätze der EZB beim Druck dieses Artikels bereits tiefer sein werden als 3%.

Das zweite Rezept Keynes geht an die Finanzpolitik: Wenn die Geldpolitik nicht in der Lage oder nicht willens ist, die wirtschaftliche Entwicklung zu stabilisieren, gibt es nur noch die Möglichkeit, dass der Staat seine Ausgaben erhöht (oder die Steuern senkt) und damit die Nachfrage stützt. Die billigste und langfristig effizienteste Version dieser Konjunkturstabilisierung ist die Erhöhung der öffentlichen Investitionen: die öffentliche Hand gibt damit mehr Geld aus. Da aber dafür später weniger investiert werden muss, wird das Geld wieder eingespart. Zudem können sinnvolle Investitionen die zukünftige Effizienz der Wirtschaft und den späteren Wohlstand erhöhen. Das Problem einer solchen antizyklischen Politik besteht darin, dass sie in kleinen Ländern nur beschränkt im Alleingang angewendet werden kann. Wegen der innereuropäisch starken Verflechtung der Wirtschaft profitieren von der erhöhten staatlichen Nachfrage in der Regel auch die Nachbarstaaten. Deshalb ist es wünschenswert, eine solche Politik zwischen den europäischen Staaten zu koordinieren. Wenn alle EU-Länder gleichzeitig eine solche Politik verfolgen, lösen die Investitionen dank der sogenannten Multiplikatorwirkungen mehr als das Doppelte an zusätzlicher Nachfrage aus.
Als letztes Mittel gegen die Krise kann ein Land auch versuchen, seine Währung abzuwerten, um auf den Exportmärkten einen höheren Marktanteil zu erringen. Eine solche Politik ist gerechtfertigt, wenn eine Währung überbewertet ist. Ein unkontrollierter Abwertungswettlauf zwischen den Ländern kann aber höchst unangenehme Folgen für die Wirtschaftsentwicklung haben. Deshalb ist es wichtig, dass die Staaten in erster Linie die Geld- und Finanzpolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einsetzen.

Die ultraliberale, antikeynesianische Politik der 80er und 90er Jahre hat Europa eine Massenarbeitslosigkeit beschert

Spätestens nach 1984 hatten die grossen kontinentaleuropäischen Länder definitiv von der keynesianischen «Globalsteuerung» Abschied genommen. Verschiedene Gründe waren für diese radikale Wende in der Wirtschaftspolitik verantwortlich:

- In der Krise der siebziger Jahren standen die Unternehmen nicht nur vor dem Problem einer fehlenden Nachfrage, sondern sie kannten auch gravierende Rentabilitätsprobleme. Die Arbeitsproduktivität nahm ab Beginn der siebziger Jahren viel weniger zu als in den fünfziger und sechziger Jahren, trotzdem stiegen die Lohnkosten in der ersten Hälfte der siebziger Jahre noch stark an. Die Rentabilität der Unternehmen nahm deshalb dramatisch ab. Ver-

schärft wurden die Ertragsprobleme durch die Preiserhöhungen für Rohstoffe (Ölpreiserhöhungen 1973/74 und 1978). Zudem hatten die Unternehmen mit gravierenden «strukturellen» Problemen, die sich aus dem Zusammenbruch des «Wachstumsmodells der Nachkriegszeit» ergaben, zu kämpfen. Die europäischen Währungen (insbesondere die schweizerische) wurden nach dem Zusammenbruch des Wechselkurssystems von «Bretton Woods» massiv aufgewertet. Die Märkte für Massenkonsumgüter waren gesättigt. Wichtige Wirtschaftssektoren hatten in den sechziger Jahren massive Überkapazitäten aufgebaut (Stahl, Kohle, «fordistische» Massenkonsumgüter wie das Automobil ...). Diese wurden noch verschärft durch die neu entstehende Arbeitsteilung zwischen den alten Industrieländern und den Schwellenländern, zumal diese vom schwächeren Dollar profitierten.

- Die keynesianischen Rezepte brachten in dieser Situation nicht die erhofften Resultate: Die Zinssenkungen und die staatliche Stützung der Nachfrage in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ermöglichten zwar einen Ausstieg aus der Krise und verhinderten einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit, die Rentabilitätsprobleme der Unternehmen wurden jedoch dadurch nicht gelöst.
- Drittens setzte sich in den Wirtschaftswissenschaften und in der Wirtschaftspolitik die ultraliberale, «monetaristische» Gegenrevolution durch. Mit diesen Theorien lässt sich keine staatliche Einflussnahme auf die Konjunkturentwicklung begründen: Der Markt löst die Probleme selber, Staatseingriffe sind per Definition schädlich.
- Schliesslich erschwerte die hohe wirtschaftliche Verflechtung der europäischen Staaten nationale keynesianische Alleingänge. Auch ein Teil der Linken zog aus den unglücklichen Erfahrungen in den ersten zwei Jahren der Mitterrandregierung (1981/82) den (falschen) Schluss, dass eine Vollbeschäftigungspolitik auf nationaler Ebene nicht mehr möglich sei. Es gab jedoch Länder wie Schweden und Österreich, die in den achtziger Jahren die Arbeitslosigkeit erfolgreich bekämpften, indem sie eine keynesianische Steuerung der Nachfrage mit einer Lohn- und Wechselkurspolitik kombinierten, die eine intakte Wettbewerbsfähigkeit garantierte.

Vollbeschäftigung als oberstes Ziel der Wirtschaftspolitik wurde durch das Ziel der Preisstabilität ersetzt.

Zu Beginn der achtziger Jahre wurde der «Keynesianismus» in die «Mottenkiste» (NZZ) verfrachtet, die Vollbeschäftigung als oberstes Ziel der Wirtschaftspolitik wurde folgerichtig durch das Ziel der «Preisstabilität» um jeden Preis ersetzt. Die Unternehmerschaft setzte die Priorität auf die «Wiederherstellung der Rentabilität». Dabei war ihr die konfliktträchtige monetaristische Wirtschaftspolitik durchaus eine Hilfe (Klassenkampf von oben). In den meisten Ländern (die Schweiz war eine Ausnahme) waren in den achtziger Jahren die Realzinsen sehr hoch, in einigen Ländern kombiniert mit einer überbewerteten Währung. Diese restriktiven monetären Konditionen zwangen die Unternehmen, ihre Schulden zu reduzieren und das Eigenkapital zu erhöhen, zu rationalisieren, Personal zu entlassen und ihre Rendite zu erhöhen. Gleichzeitig mussten die Kapazitäten in den Branchen mit Absatzproblemen radikal abgebaut werden. Um diese Politik zu erleichtern, wurde der «fortgesetzte Strukturwandel» gepredigt, und die Arbeitsbedingungen wurden zunehmend dereguliert. Die Löhne stiegen weniger als die Arbeitsproduktivität. Das Resultat dieser Politik: Ende der achtziger Jahre hatte die Rentabilität der Unternehmen in fast allen Ländern ein mit den sechziger Jahren vergleichbares hohes Niveau wiedererlangt. Unterstützt wurde diese Entwicklung durch den starken Rückgang der Rohstoffpreise Mitte der achtziger Jahre.

Die Leidtragenden waren die Beschäftigten und die Arbeitslosen. Mit der Abkehr von der keynesianischen Globalsteuerung verloren die europäischen Regierungen alle wirksamen Instrumente im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit – mit Ausnahme der Verkürzung der Arbeitszeit. Letztere ist jedoch gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten schwer durchzusetzen. Die Geldpolitik wurde ausschliesslich dem Ziel der Inflationsbekämpfung verpflichtet, die Finanzpolitik der Defizitbeseitigung.

Allein 1995 wurden den KonsumentInnen 3, 4 Milliarden Franken Kaufkraft abgeschöpft.

Dramatisch wurde die Situation in den neunziger Jahren, als Europa erneut in eine Rezession fiel. Angesichts der glänzenden Rentabilitätslage der Unternehmen Ende der achtziger Jahren hätte die Rezession zu Beginn der neunziger Jahre einfach mit keynesianischen Mitteln bekämpft werden können. Die Politik schaffte jedoch die Wende nicht. Im Gegenteil: Die «antikeynesianische Politik» wurde sogar in den Maastrichter Verträgen festgeschrieben. Die Folgen waren in Europa (und Japan) fatal: Statt gleich zu Rezessionsbeginn 1991 die Zinsen zu senken, verharrten diese während zwei Jahren auf hohem Niveau. Das war die längste Hochzinsperiode in Krisenzeiten seit den dreissiger Jahren. Die Folge: Die Arbeitslosigkeit stieg, die Defizite der öffentlichen Haushalte nahmen zu. Die Geldpolitik blieb auch nach den Währungsturbulenzen 1993 und 1995 restriktiv, weil die Hartwährungsländer überbewertete Währungen hatten und die Abwertungsländer (mit Ausnahme Grossbritanniens) hohe Zinsen. 1996 und 1997 bremsten die Sparprogramme das Wirtschaftswachstum deutlich, mit denen versucht wurde, die Maastrichter Defizitkriterien einzuhalten.

Am restriktivsten wurde diese Politik in der Schweiz durchgeführt. Nach der Hochzinsperiode 1991/92, welche die Rezession bereits bis 1993 verlängert hatte, liess die Nationalbank 1993-95 eine 15%ige Aufwertung des Frankens zu, welche die Schweizer Wirtschaft bereits 1995 in eine erneute Rezession mit deflationären Tendenzen zurückwarf. Zudem wurden die in der Rezession 1991 bis 1993 aufgelaufenen Defizite beim Bund 1994/95 im Rekordtempo verringert. Allein im Jahr 1995 wurden den Konsumenten durch die gleichzeitige Einführung der Mehrwertsteuer und die Erhöhung der Beiträge an die Arbeitslosenversicherung 3,4 Milliarden Franken Kaufkraft abgeschöpft. Der Einbruch des Konsums 1995 war vor diesem Hintergrund keineswegs überraschend.

Die Folgen des Neoliberalismus: Lohndruck, Prekarisierung der Arbeit und Finanzierungsschwierigkeiten bei den Sozialversicherungen

«Unter dem System des inländischen laissez-faire und eines internationalen Goldstandards (...) standen einer Regierung keine Mittel offen, die wirtschaftliche Not im Inland zu mildern, mit Ausnahme des Konkurrenzkampfes um Märkte. Denn alle für einen Zustand chronischer und unterbrochener Unterbeschäftigung hilfreichen Massnahmen waren ausgeschaltet, mit Ausnahme der Massnahme zur Verbesserung der Handelsbilanz.»

(Keynes 1936)

Mit diesem Zitat kann die Situation in den neunziger Jahren gekennzeichnet werden. Die Regierungen verzichteten darauf, die Geldpolitik zur konjunkturellen Stabilisierung einzusetzen (in den Zeiten des Goldstandards war eine nationale Geldpolitik nicht möglich). Und politisch liess sich eine konjunkturelle Stützung durch zusätzliche Staatsausgaben nicht durchsetzen – im Gegenteil. Da blieb den einzelnen Länder nur noch eine Möglichkeit, um die Wirtschaft wachsen zu lassen: die Löhne weniger steigen lassen als die Konkurrenten, um billiger zu werden und

Marktanteile zu gewinnen.[2] Holland war in dieser Beziehung äusserst erfolgreich. Sobald jedoch alle Länder mit dieser Politik begannen, resultierte für die europäischen Länder ein Nullsummenspiel: Die inländische Nachfrage wuchs nur noch wenig. In den neunziger Jahren war Europa deshalb darauf angewiesen, dass es seine Exportüberschüsse in den USA und den bis 1996 rasch wachsenden Schwellenländern absetzen konnte. Die Globalisierung war also nicht schuld an der schlechten wirtschaftlichen Lage in Europa – sie verhinderte Schlimmeres.

Es sei hier nur am Rande erwähnt, dass die Tatsache, dass während mehr als 10 Jahren die Arbeitslosigkeit hoch geblieben ist, enorme soziale Probleme geschaffen hat und weiterhin schafft. Millionen von Personen wurden und werden in Europa aus der Erwerbswelt herausgedrängt. Die Armut nimmt rapide zu. Die Löhne jener Lohnabhängigen, die in direkter Konkurrenz zu Arbeitslosen stehen, werden gesenkt. Befristete Arbeitsverträge setzen sich durch usw. Die neoliberale Wirtschaftspolitik gefährdet zudem auch die Sozialversicherungen, da die Arbeitslosigkeit aus Beitragszahlern Leistungsbezüger macht und die Sozialversicherungen in Finanzierungsschwierigkeiten treibt.

Lehren für die nächsten Jahre

Die Weltwirtschaftslage ist zur Zeit äusserst labil. Japan steckt in der tiefsten Krise seit dem zweiten Weltkrieg. In der südostasiatischen Region wird sich die Lage nicht deutlich bessern, solange Japan nicht aus der Rezession herausfindet. Brasilien fällt infolge der im letzten Jahr extrem hohen Zinsen ebenfalls in eine Rezession, die sich auf andere lateinamerikanische Länder ausweiten wird. In den USA ist eine Abschwächung des bislang starken Wirtschaftswachstums im Gang. Das alles bedeutet, dass sich die europäischen Regierungen endgültig von der bisherigen «Maastrichter Politik» abkehren müssen.[3] Die europäische Wirtschaft wird nicht mehr von den Exporten gezogen. Wenn eine erneute Rezession oder eine starke Abschwächung des Wachstums vermieden werden soll, muss die inländische Nachfrage stark wachsen. Obwohl die Geldpolitik in der EWU-Zone zum ersten Mal seit langem nicht mehr extrem restriktiv ist, wird die EZB die Zinsen zu diesem Zweck noch deutlich senken müssen.

Auch deutliche Zinssenkungen der Europäischen Zentralbank werden nicht genügen, um die Arbeitslosigkeit schnell abzubauen.

Aber auch solche Zinssenkungen werden nicht genügen, um die Arbeitslosigkeit schnell abzubauen. Dazu braucht es zusätzlich eine koordinierte Ausweitung der staatlichen Investitionsausgaben und damit eine Abkehr vom Stabilitätspakt. An einer solchen Politik müsste sich die Schweiz selbstverständlich beteiligen. Schliesslich muss die «Standortpolitik» aufgegeben werden, die versucht, durch geringere Lohnsteigerungen als in anderen Ländern Marktanteile zu Lasten der Nachbarn zu erobern. Europa braucht wieder um jährlich gut 3% steigende Löhne (bei einer Teuerung von rund 2%).

Für die Schweiz sind ähnliche Schlussfolgerungen zu ziehen. Die Geldpolitik kann in den nächsten zwei Jahren nicht locker genug sein. Die Nationalbank wird weiterhin eine Aufwertung gegenüber der DM bzw. dem Euro verhindern. Die Zinsen für Tagesgeld können auf unter 1% gesenkt werden. Aus unserer Sicht sollten diese auf diesem tiefen Niveau belassen werden, bis die schweizerische Wirtschaft wieder kräftig wächst (um rund 3%, was

[2] In diesem Zusammenhang ist auch die Diskussion um die angeblich zu hohen Lohnnebenkosten zu sehen. Wenn ein Land seine gesamten Lohnkosten durch eine Reduktion der Lohnnebenkosten senken kann, ist es möglich, Marktanteile zu gewinnen. Wenn aber alle Länder diese Politik betreiben, resultiert ein Nullsummenspiel. Bei flexiblen Wechselkursen wird die preisliche Wettbewerbsfähigkeit ohnehin durch den Wechselkurs bestimmt.

[3] Eine graduelle Abkehr von der restriktiven Maastricher-Politik hat bereits stattgefunden. So sind die Zinsen in der EWU-Zone deutlich gesunken und 1998 wirkte die Finanzpolitik endlich nicht mehr so restriktiv wie in der Vergangenheit.

noch einige Zeit dauern wird) oder bis sich der Franken so weit abgeschwächt hat, dass die DM rund 88–90 Rappen kostet (der Euro rund 1,75 Fr.). Eine solche Abschwächung des Frankens wäre angesichts der sinkenden Import- und Produzentenpreise möglich, ohne dass es in der Schweiz zu einem Aufflackern der Teuerung kommen würde. Falls sich die Konjunktur in Europa abschwächt, werden die Haushaltsziele im Jahr 2001 trotz des «runden Tisches» natürlich nicht erreicht werden. In diesem Fall sind die höheren Defizite aber durchaus erwünscht. Sie dürften auf keinen Fall zum Anlass für weitere Sparprogramme genommen werden. Im Gegenteil: Bei starker Abschwächung der Konjunktur werden eventuell neue Vorschläge zur Konjunkturbelebung nötig sein, die das Defizit beim Bundeshaushalt vorübergehend noch stärker erhöhen könnten.

Nicht alle wirtschaftspolitischen Probleme können mit einem stärkeren Wirtschaftswachstum gelöst werden.

Weitere wirtschaftspolitische Erfordernisse zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Selbstverständlich können nicht alle wirtschaftspolitischen Probleme mit keynesianischen Rezepten und mit einem stärkeren Wirtschaftswachstum gelöst werden. So wäre ein enorm starkes Wirtschaftswachstum nötig, um die Arbeitslosigkeit ohne eine deutliche Verkürzung der Arbeitszeit zu bekämpfen. Angesichts der desolaten Weltwirtschaftslage ist ein solches heute selbst bei einer effizienten Nachfragesteuerung kaum zu erreichen. Deshalb ist eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit vordringlich. Eine solche ist auch eine notwendige Voraussetzung dafür, dass beide Geschlechter gleichberechtigt an der Erwerbswelt teilhaben können und sich die Aufgaben der Kindererziehung und -betreuung solidarischer aufteilen.

Ganz zentral ist natürlich die Ausbildungspolitik. Die neuen Technologien haben die Anforderungen an die Arbeitswelt verändert. Daran muss sich die Ausbildung anpassen (Reform der Berufsbildung, Ausbau der Fachhochschulen). Falsch ist jedoch, dass die Arbeitslosigkeit in erster Linie auf eine fehlende Ausbildung zurückzuführen sei. Wenn allein in der Schweiz 200'000 Arbeitsplätze fehlen, nützt die beste Ausbildung nichts zur Behebung dieses quantitativen Problems.

Viele Qualifikationsprobleme werden erst durch die Arbeitslosigkeit geschaffen, da Erwerbslose ausgeschlossen werden von der Berufserfahrung und der betrieblichen Weiterbildung. Zudem nützt die beste Ausbildung nichts, wenn am Schluss der Ausbildung keine Chance besteht, einen Arbeitsplatz zu finden. Deshalb bilden sich Personen in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit weniger weiter als in Zeiten eines ausgetrockneten Arbeitsmarktes.

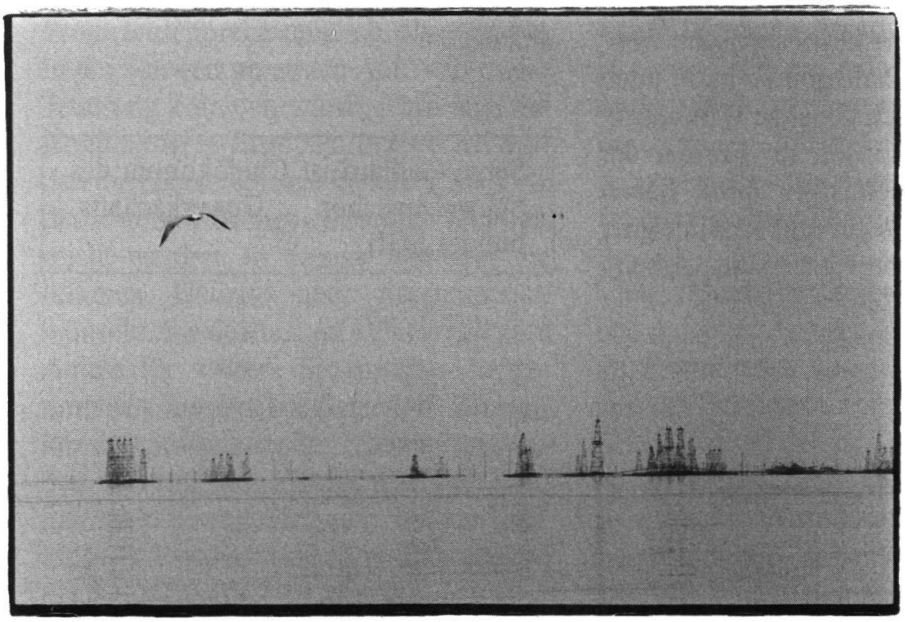
Um zu verhindern, dass das Wirtschaftswachstum die Umwelt zunehmend schädigt, braucht es dringend Lenkungsabgaben. Dabei sind negative Verteilungswirkungen dieser Abgaben zu verhindern. Schliesslich müssen die tiefen Löhne erhöht werden, um eine wachsende Armut zu verhindern. Mit Gesamtarbeitsverträgen und wenn nötig gesetzlichen Minimallöhnen muss garantiert werden, dass die Unterschiede zwischen tiefen und hohen Löhnen nicht weiter zunehmen.

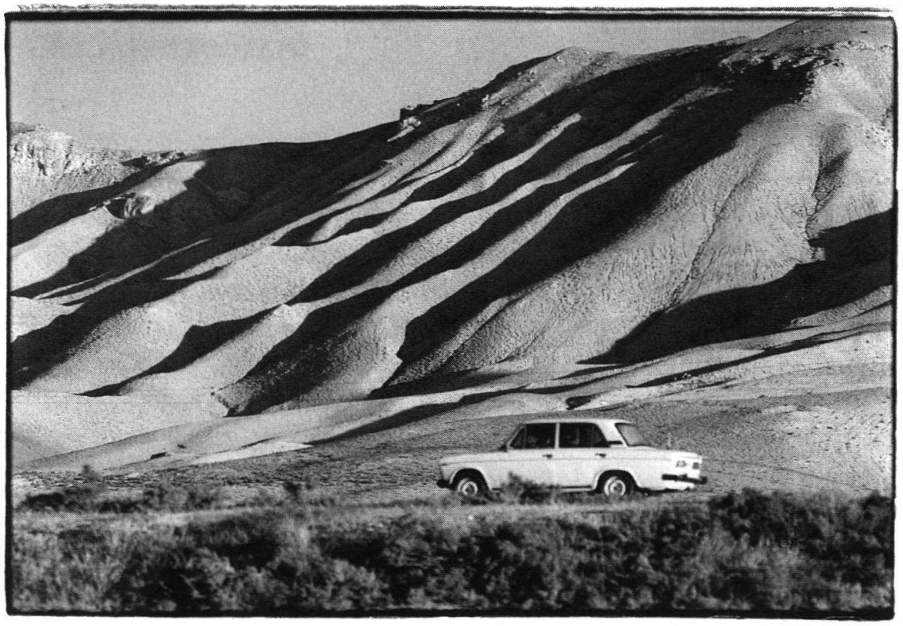
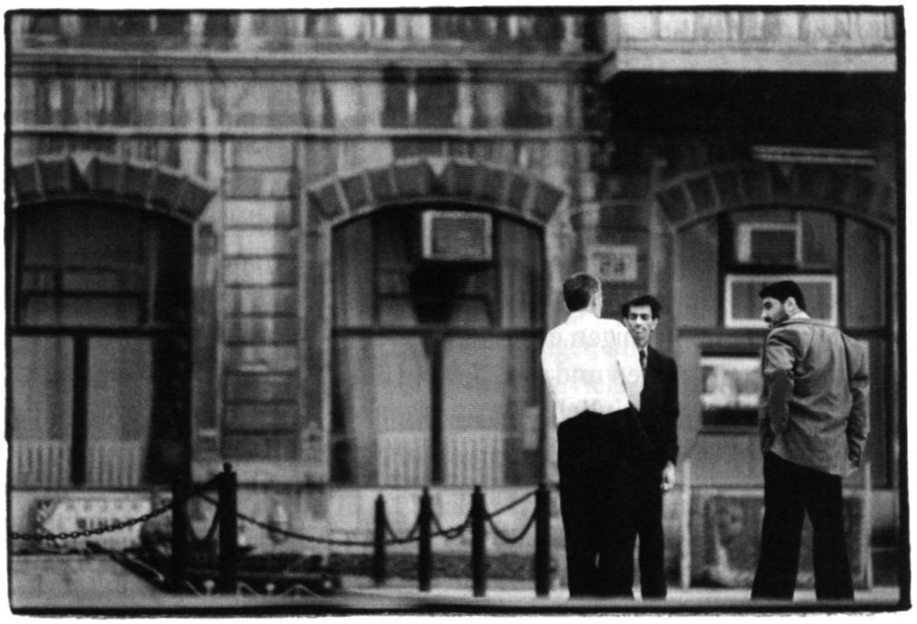
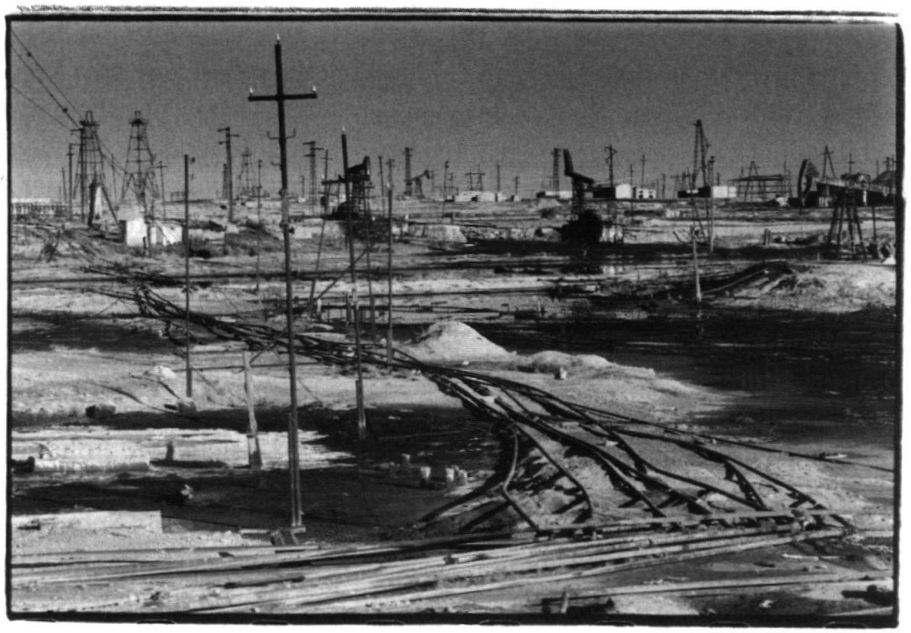
Die Bedeutung keynesianischer «Rezepte» zur Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und damit der Beschäftigungsentwicklung darf trotz aller Einschränkungen nicht unterschätzt werden. Europa und die Schweiz haben sich durch eine falsche «Globalsteuerung» in den neunziger Jahren von einem durchaus starken weltwirtschaftlichen Wachstum abgekoppelt. Heute muss ihnen das Um-

gekehrte gelingen. Die einzige Chance, sich in der aktuellen weltwirtschaftlichen Schwächeperiode einigermassen schadlos zu halten, besteht darin, die inländische Nachfrage steigen zu lassen.

Zum Schluss: Eine keynesianische Wende in der Wirtschaftspolitik hätte auch verteilungspolitisch günstige Wirkungen: Die hohen Realzinsen im Europa der achtziger und neunziger Jahre haben nämlich die Gläubiger und Kapitaleigner im Verteilungskampf gegen die «Arbeit» massiv gestärkt. Die Unternehmen mussten hohe Zinsen bezahlen. «Share-holder» konnten sich für ihren Besitz fürstlich entlöhnen lassen. Umgekehrt werden tiefe Zinsen die Kapitalbesitzer zwingen, ihr Geld auch für eine tiefere Rendite anzulegen.

Serge Gaillard ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB.





Fotos: Susi Bodmer